

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einigung im Ruhrgebiet.

Paris, 24. November. (E.P.) Am Freitagabend 7 Uhr wurde in Düsseldorf ein Abkommen zwischen der Micum und den Vertretern derjenigen Ruhrindustriellen unterzeichnet, die bis jetzt mit den Befehlshabern zu keiner Einigung gekommen waren. Das Abkommen wurde von den Vertretern der Deutsch-Lotharingischen Gesellschaft, der Gute-Hoffnung-Hütte, der Dortmunder Union, der Harpener Bergbaugesellschaft und im Namen von Stinnes unterzeichnet. Seine Gültigkeit erstreckt sich bis zum 15. April 1924. Das Abkommen betrifft 80 Proz. der Fabriken und Gruben in der Ruhr. Seine hauptsächlichsten Bestimmungen sind die folgenden: 1. Die Gruben bezahlen 15 000 Dollar Kohlensteuer für die Zeit vom 1. Juli bis 1. November. 2. Sie werden in Zukunft 10 Frank für jede verkaufte Tonne Kohle erheben. 3. Sie werden 18 Proz. ihrer Nettoprodukte unentgeltlich an die Alliierten liefern. 4. Die Vorräte, die in der Ruhr am 1. Oktober vorhanden waren, sind Eigentum der Alliierten. 5. Das Regime der Ausfuhrerzeugnisse bleibt bestehen. Die Metallwaren, die gegenwärtig vorhanden sind, können nur ausgeführt werden, wenn die rückständigen Steuern bezahlt sind und nur im Verhältnis der Mengen, die im Jahre 1922 ausgeführt wurden. 6. Die Lieferung der Nebenprodukte der Kohle wird Gegenstand eines neuen Abkommens sein. Dem Abkommen sind ferner mehrere Anhänge beigelegt worden, deren einer die Reparationskohlenmenge für jeden einzelnen Industriellen feststellt.

Einer Wolff-Meldung aus Düsseldorf zufolge sind die Pariser Meldungen, wonach der Vertrag mit der Micum lediglich im Namen einiger Bergwerksbesitzer unterzeichnet wurde, unrichtig. Der Vertrag ist vielmehr vom Generaldirektor Böglner (Dortmund) als bevollmächtigtem Vertreter des Bergbaulichen Vereins in Essen unterzeichnet worden.

Der Vertrag über den wir uns ein endgültiges Urteil vorbehalten müssen, bis seine Einzelheiten vorliegen, stellt sich in den bisher bekannten Bedingungen als außerordentlich hart dar. Neben einer nachträglichen Kohlensteuerzahlung von 15 000 Dollar für die zurückliegende Zeit sind in Zukunft 10 Frank pro Tonne zu zahlen. Das sind ungefähr 10 Proz. des gegenwärtigen Gesamtmarktpreises. Weiter sind aber 18 Proz. der Nettoproduktion, also abzüglich des Selbstverbrauchs der Gruben unentgeltlich an die Entente abzugeben. Die Befragung des Kohlenbergbaues beträgt also insgesamt etwa 30 Proz. in Gold, ungefähr ebensoviel, wie der Kohlenbergbau früher an Kohlensteuer zu zahlen hatte, nur mit dem Unterschied, daß ein kleiner Teil dieser Entenskohlensteuer in bar, der größere in natura zu entrichten ist.

Außerdem gehören die bis zum 1. Oktober geförderten Kohlenvorräte der Entente, und die Ausfuhrkontrolle für Kohlen und Metallprodukte bietet dem Vertragsgegner außerordentlich wirksame Handhaben, um die Lieferungsbedingungen durchzusetzen. Der Umstand, daß der Bergbauliche Verein und eine Reihe der führenden Bergwerke und Hüttenzweigen das Abkommen unterzeichnet haben, macht sie zu privaten Bürgen für die Innehaltung seiner Bestimmungen.

Aus den dürftigen Mitteilungen, die bisher vorliegen, geht nicht hervor, inwieweit die Ruhrindustriellen etwa eine Entschädigung vom Reich für ihre Aufwendungen erwarten. Das Reich seinerseits hat bekanntlich erklärt, daß es außerstande ist, die Kohlenlieferungen zu finanzieren, und daß es bereit wäre, die von dem Kohlenbergbau an die Entente geleisteten Lieferungen auf künftige Steuerzahlungen der Bergwerke anzurechnen. Inwieweit dieser Gedanke verknüpft ist mit dem neuen Kohlenabkommen, ist ohne weiteres nicht ersichtlich. Sowohl für die Stärkung der Reichsfinanzen, als auch für die deutschen Verbraucher bleibt keine Wirkung die gleiche. Das Reich würde in diesem Falle Ansprüche auf zukünftige Steuern

verlieren, und der Bergbau wird selbstverständlich bemüht sein, die ihm aus dem Abkommen erwachsenden Lasten durch Erhöhung der Kohlenpreise auf die Verbraucher abzuwälzen, soweit die Konkurrenz des Weltmarktes es zuläßt.

Immerhin muß dieser für das Volksganze ungeheuer drückende Vertragsabschluss begrüßt werden aus nationalen Interessen heraus. Die Gefahr, daß das Ruhrgebiet durch seine gänzliche Abschneidung von einer Unterstützung dem übrigen Deutschland verloren geht, wird in demselben Augenblick vermindert oder vielmehr gebannt, wenn es gelingt, den Bergarbeitern Beschäftigung zu verschaffen. Die Erwerbslosenunterstützung kann die Reichsregierung beinahe nicht mehr zahlen, ganz abgesehen davon, daß die lange Dauer des passiven Widerstandes und der späteren Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet nicht nur die materielle Not verschärfen mußte, sondern auch zu einer Demoralisierung geführt hat, die den besten Nährboden für separatistische Bestrebungen bildet. Hoffentlich ist jetzt diese schlimmste Gefahr vermieden. Der Preis, den das Volksganze dafür zu zahlen hat, würde dann wettgemacht werden durch die Stützung der deutschen Reichseinheit, für die gewisse, sich national gebärdende Kreise so wenig übrig haben.

Dr. Fischer vor der Reparationskommission.

Paris, 24. November. (W.T.B.) Ueber die gestrige Vormittags-Sitzung der Reparationskommission ist folgendes offizielle Communiqué ausgegeben worden:

Die Reparationskommission ist vormittags 10,15 Uhr unter dem Vorsitz Barthous zusammengetreten, um gemäß der Entscheidung vom 13. November die deutschen Vertreter zu hören. Die deutsche Delegation setzt sich wie folgt zusammen: Staatssekretär Fischer-Kriegskostenkommission, Meyer-Littor - Kriegskostenkommission, Dr. Brandt-Reichsfinanzministerium, Dorn-Reichsfinanzministerium, Wolf-Reichsverkehrsministerium, Reichardt-Reichswirtschaftsministerium, Schaeffer-Reichswirtschaftsministerium, Simon-Auswärtiges Amt und Michaelis als Dolmetscher. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die deutsche Regierung die Reparationskommission durch ihre Notizen vom 24. Oktober und 2. November mit verschiedenen Fragen befaßt habe. Er forderte die deutschen Vertreter auf, die gewünschten Ausführungen zu den in den Notizen aufgeworfenen Fragen zu machen.

Im Namen der deutschen Delegation gab Staatssekretär Fischer zunächst einen Überblick über die Notlage Deutschlands auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet und ihre Ursachen und Auswirkungen auf die deutsche Leistungsfähigkeit. Er hob den Standpunkt der deutschen Regierung, daß die Ruhrbesetzung rechtswidrig sei, erneut hervor, er wies darauf hin, daß nur die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Wirtschaft die Finanzen in Ordnung bringen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder erwecken könnte. Darauf gab der deutsche Delegierte eine eingehende Darlegung der ergriffenen und beabsichtigten Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen und der Währung, wie z. B. die Umstellung der Streikwährung auf Gold, die äußerste Einschränkung der Ausgaben unter Zurückdrängung wohlverordener Rechte und Fürsorgemaßnahmen sowie die Einstellung der Notenpresse. Er schloß daraus ab, daß die Notwendigkeit, diese Reformen durchzuführen, die deutsche Regierung zu einem Eingreifen in die Sachlieferungszwänge gezwungen habe. Der deutsche Delegierte gab kurz Kenntnis von dem Inhalt einer gleichzeitig von ihm übergebenen Denkschrift zu den belgischen Studien. Er erklärte, daß die Studien unter den angegebenen allgemeinen Voraussetzungen eine geeignete Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems bilden könnten. Schließlich wies er in eindringlichen Worten auf den unabweisbaren Ernst der Stunde hin und appellierte an das Verantwortlichkeitsgefühl der Reparationskommission.

die Klust zwischen Frankreich und den meisten seiner Alliierten nicht überbrückt worden, im Gegenteil. Man braucht nur die gestrige Rede Poincarés mit den jüngsten Erklärungen Baldwin's und Mussolinis zu vergleichen, um zu erkennen, wie tief das Mißverständnis ist, das Frankreich nicht nur von Deutschland, sondern auch von den übrigen Völkern Europas trennt.

Dollar amtlich wie bisher.

Die Kabinetskrise bewirkte am gestrigen Tage einen gewaltigen Sturz der Wert in London. Aus New York werden zwar wieder ununterbrochene Kurse gemeldet, doch fand hier keinerlei Geschäft in deutscher Pausa statt. Der Londoner Markkurs mit circa 47 1/2 Millionen für das Pfund entspräche einer festen Dollarparität von 9 Billionen. Auch im besetzten Gebiet hat die Nachricht vom Stürze des Kabinetts Stresemann eine starke Senkung der Markkurse hervorgerufen. In Köln wurden an der sogenannten schwarzen Börse ganz phantastische, weit über der oben erwähnten Parität liegende Kurse genannt. Bei der amtlichen Feststellung der Devisen an der heutigen Berliner Börse hielt man jedoch an den Kursen des Vortages fest bei wiederum nur 1 Proz. Zuteilung für die Hauptdevisen. Geldanleihe wurde dementsprechend unverändert festgesetzt, ohne daß eine Zuteilung erfolgte. Dollarschätze waren auch heute wieder gestiegen.

Der Effektenmarkt steht ebenfalls unter dem Zeichen der Kabinetskrise.

Die Umrechnungsjahr für den Lebensmittel-einzelhandel beträgt 1000 Milliarden und ist gültig vom 24. November mittags bis 26. November mittags.

Nach dem Sturz.

Besprechung des Reichspräsidenten mit Parteiführern.

Eine Lösung der Regierungskrise ist bisher noch nicht erfolgt, sie ist auch noch nicht einmal in ihren Anfängen sichtbar. Der Reichspräsident hat sich die Führer der Fraktionen, Genossen Hermann Müller sowie die Abgeordneten Peteren, Marx, Scholz und Herget einzeln kommen lassen und sie ermahnt, ihre Auffassung der Lage darzulegen, um daraus ein Bild der parlamentarischen Gesamtsituation zu gewinnen. Es läßt sich ohne weiteres annehmen, daß dieses Bild nicht besonders klar gewesen sein wird.

Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien haben noch nicht stattgefunden. Bei den Parteien der bürgerlichen Mitte, insbesondere bei der Volkspartei, ist man einer Kombination, die auch die Deutschnationalen mit einbezieht, nicht ganz abgeneigt, man glaubt aber, daß auch der gemäßigtere Flügel der Deutschnationalen, der mit dem radikalen nach einer Rechtsdiktatur drängenden Flügel im schweren Kampfe steht, für den Eintritt in die Regierung Bedingungen stellen würde, die für die bürgerliche Mitte nicht annehmbar wären.

Andererseits wäre man auch nicht ganz abgeneigt, aus der Mitte heraus eine neue Regierung zu stellen, falls Sicherheit dafür gegeben wäre, daß diese Regierung nicht alsbald wieder gestürzt werden würde. Ob solche Sicherheiten zu geben wären, muß dahingestellt bleiben, das hängt natürlich auf der anderen Seite von den Sicherheiten ab, die eine solche Regierung für ihre Politik der Sozialdemokratischen Partei geben würde.

Man versichert im Reichstag allgemein, daß der Gedanke einer Beamtenregierung bereits fallen gelassen worden sei wegen des starken Widerpruchs, der aus parlamentarischen Kreisen gegen ihn erhoben werde. Es ist aber nicht abzusehen, was sonst zustandekommen soll, wenn, wie es bisher den Anschein hat, jede parlamentarische Kombination scheitert.

Um zwei Uhr nachmittags wurde der Abg. v. Kardorf (D. Volksp.) zum Reichspräsidenten berufen. Man legt dieser Berufung besondere Bedeutung bei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Sonnabendvormittag eine Sitzung ab. Sie beauftragte u. a. den Fraktionsvorstand, alsbald Stellung zu nehmen zu einer Interpellation über das Verbot politischer Parteien.

Die Morgenpresse beschäftigt sich mit den Möglichkeiten einer neuen Kabinettsbildung. Dabei ist es interessant, festzustellen, daß die Kombination, die vor dem Sturz Stresemanns das Feld beherrschte und die der erste Anlauf zum Sturz des Kabinetts war, die außerparlamentarische Diktatur, von der ersten Presse nicht mehr in den Kreis der Betrachtung gezogen wird.

Die „Vossische Zeitung“ läßt es am liebsten, wenn die Sozialdemokratische Partei die Kabinettsbildung auf der Grundlage der alten Birlikoalition in die Hand nähme. Sie erhofft für diesen Fall eine neutrale Haltung der Deutschen Volkspartei. Aber auch eine Erneuerung der großen Koalition hält sie nicht für ganz ausgeschlossen, wenn als Kanzler diesmal ein Demokrat, etwa der württembergische Staatspräsident Hieber, in den Vordergrund tritt. Für eine deutschnationale Kanzlerschaft hat die „Vossische Zeitung“ keine Sympathie übrig. Die deutschnationalen Minister hätten sich bisher nicht durch Fähigkeiten ausgezeichnet. Der Schaden, den ein deutschnationales Ministerium anrichten müßte, könne gar nicht hoch genug gewertet werden. Man müsse deshalb solche Wiederholungen, wenn irgend möglich, unterlassen.

Das „Berliner Tageblatt“ hält im Gegensatz zur „Vossischen Zeitung“ die Rückkehr zur Birlikoalition nicht für möglich. Das Zentrum werde sich dem verweigern, man habe außerdem mit Widerständen in der Öffentlichkeit zu rechnen, da die Zusammensetzung des Parlaments nicht mehr ohne weiteres die Stimmung des Volkes widerspiegeln würde. Ob diese Art der Begründung, mit der man jede Kombination bekämpfen könnte, besonders glücklich ist, mag unerörtert bleiben. Auf der anderen Seite hält das „Berliner Tageblatt“ einen Bürgerblock unter deutschnationaler Führung, der einem Klassenkampf des Bürgertums gegen die Arbeiterklasse gleichkommen würde, für keine tragbare Lösung. Weder die Demokraten noch das Zentrum könnten etwas derartiges mitmachen. Die glücklichste Lösung sei die Rückkehr zur Koalition der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Allerdings sei das nur möglich, wenn die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien gewisse Garantien für eine kontinuierliche Politik gebe.

In der deutschnationalen Presse macht sich eine peinliche Unsicherheit bemerkbar. In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es zwar, nur eine auf nationale Kräfte gestützte Politik könne wirkliche Lösungen bringen, und es sei gleichgültig, ob man dabei „mehr oder weniger parlamentarisch oder sonstwie“ verfähre, die Hauptsache bleibe, daß diejenigen politischen und wirtschaftlichen Kräfte herangezogen werden, die seit fünf Jahren beiseite geschoben wurden. Also gleichsam eine Bitte um gut Wetter für die Agrarier.

Auch die „Kreuzzeitung“ fühlt sich nicht ganz wohl und versucht mit einigen pathetischen Deklamationen über die Situation hinwegzukommen.

„Sein (Stresemanns) Sturz“, so heißt es da, „bedeutet an sich noch keinen Systemwechsel, ist aber ein deutliches

Poincarés neuester Sieg.

Ueber die mehrstündige Rede, die Poincaré gestern in der Kammer hielt, liegt jetzt ein ausführlicher W.T.B.-Bericht vor. Aus diesem gewinnt man den Eindruck, daß es dem französischen Ministerpräsidenten vor allem darauf ankam, die Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung mit verschiedenen offenen oder versteckten Gegnern, wie Tardieu und Briand zu benutzen und sich als den tüchtigeren und energiegeladeneren Staatsmann zu empfehlen. Die Sicherheitsfrage spielte dabei die Hauptrolle. Poincaré rechtfertigte gegenüber Briand die seinerzeitige Ablehnung des von Lloyd George in Cannes angebotenen englisch-französischen Garantiepaketes, wie auch gegenüber Tardieu seine Nachgiebigkeit in der Bolschewickkonferenz in der Frage der Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Im übrigen war die Rede in besonders heftiger Zone gegen Deutschland gehalten. Die Räumung des Ruhrgebietes stellte er „nach der Reparationszahlung Deutschlands“, also mit der denkbar zweideutlichsten Formel, in Aussicht, hinsichtlich des linken Rheinufers und der Brückenköpfe blieb er bei seiner grausamen und vertragswidrigen Behauptung: „Die Befehlsbefristen laufen nicht.“ — Im übrigen nahm er grundsätzlich das Recht zu isoliertem Vorgehen gegen Deutschland in Anspruch. Am Schluß der Sitzung teilte er mit, er erfahre soeben die Unterzeichnung des Lieferungsabkommens in Düsseldorf, das er als eine „Kapitulation von Stinnes“ bezeichnete. Diese Rede und ihre — allerdings unvermeidliche — Billigung durch fünf Prozent der Kammer (es scheinen diesmal nur die Sozialisten und Kommunisten gegen den Vertrauensantrag gestimmt zu haben) wirkt Europa um vier Jahre zurück. Die Klust zwischen Deutschland und Frankreich wird immer tiefer. Allerdings ist damit auch

Zeichen dafür, daß er kommen muß und kommen wird, wenn nicht das ganze Reich ihm nachstürzen soll. Ob heute oder morgen, wer will das vorausbestimmen? Die Bemühungen „auf parlamentarischer Grundlage“ werden weitergehen. Ob sie imstande sein werden, eine straffe, nationale Regierung zu schaffen, lassen wir dahingestellt. Eins ist auch in diesem Falle sicher: Der Weg muß, wenn schon durch das Parlament, über das Reichstag vom Jahre 1920 insbesondere, hinausführen.

Nach den hochtönenden Tiraden der letzten Wochen ist das immerhin ein bemerkenswertes Maß von Bescheidenheit.

Noch bescheidener ist des Herrn Stinnes allgehorfamste „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Die kommende Regierung“, so heißt es da, „wird sich auf möglichst weite Kreise des Bürgertums, vor allem auch der Landwirtschaft, zu stützen haben. Gerade darin liegt auch für das Ausland die beste Bürgschaft, daß im Innern Deutschlands wieder stabilere Verhältnisse eintreten, die die Voraussetzung jedes Arrangements nach außen sind.“

Das Blatt begnügt sich also damit, sich auf die Tennen der Agrarier zu begeben, um deren Weizen dreschen zu helfen. Von Diktatur und Direktorium hört man nichts mehr. Nur Herr Raurenbrecher träumt in der „Deutschen Zeitung“ seinen alten Traum weiter. Der militärische Befehlshaber müßte vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt werden, fordert er kurz und bündig. Er steht allein auf weiter Flur.

Die Verbotenen.

Die Deutschösterreichischen, die jedesmal dann, wenn sie einen Hausbrand verursacht haben, behaupten, keine Streichhölzer zu besitzen, machen auch diesmal von den Instanzen, die sie sonst nicht anerkennen, ausgiebigen Gebrauch. So müßt es einigermaßen komisch an, wenn der Hausdegen Henning, Major a. D., R. d. R. und Führer der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, mit einem Schreiben ausgerechnet zum Reichspräsidenten Ebert läuft, um sich über — General Seekt zu beschweren. Verstoß gegen die Reichsverfassung, Überschreitung der dem Oberbefehlshaber zugehörigen Kompetenzen!

Waren es nicht gerade die Deutschösterreichischen, die die Reichsverfassung in Grund und Boden verdammt haben, waren es nicht die Deutschösterreichischen, die in allen Tonarten für einen Diktator schwärmen, der sich den Teufel was um Kompetenzen und Instanzen kümmert? Und wie — war es nicht gerade Ebert, der bespuckt und beschudelt wurde und der auf alle Fälle so schnell wie möglich beseitigt werden sollte? Nun soll das alles nicht wahr gewesen sein und die teutschen Reden rufen vor dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten einer dreimal verlassenen Republik auf den Arnen.

Da sind die Kommunisten doch andere Kerle. Sie lassen nichts von sich hören. Eine bürgerliche Korrespondenz allerdings will bereits wissen, daß sie sich entschlossen haben, nicht zu sterben...

Hausdurchsuchungen bei thüringischen Abgeordneten.

Weimar, 23. November. (TL.) In der heutigen Sitzung des Landtages teilte Präsident Beber mit, daß bei den kommunistischen Abgeordneten Lennert, Dr. Neubauer und Frau Dunder Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Auf Vorstellung des Präsidenten bei der zuständigen Reichswehrstelle wegen dieser Immunitätsverletzung wurde die Ansicht des Reichswehrkommandos dahin zum Ausdruck gebracht, daß sich die Immunität nicht auf die Privatwohnungen der Abgeordneten beziehe. Der Präsident richtete daher ein diesbezügliches Protestschreiben an die Reichsregierung mit der Bitte, das Reichswehrkommando zur Immunitätsverletzung aufzufordern.

Der gemeinsame Hochverrat.

Ludendorffs neue Anschuldigungen.

Ludendorff läßt durch die TL. eine Erklärung verbreiten, in der er gegen die Münchener Presse polemisiert, die seine Verhöre nicht aufnehme. Unter anderem sagt Ludendorff:

Die Münchener Berichte schweigen sich darüber aus, daß schon im Oktober General v. Lossow die Verbindung mit Luden-

dorff aufgenommen hat, weil er glaubte, dessen Namen bei einem Konflikt mit Berlin nötig zu haben. Am 7. November war Lossow bei Ludendorff und sprach ganz bestimmt aus, daß er, Rahr und Seiger zum Schlagen entschlossen wären. Das gleiche wiederholten die drei Herren am Donnerstag nachmittag 4 Uhr. Es fehlten ihnen nur noch einige Herren aus dem Norden. Auch anderen Personen gegenüber hat sich General v. Lossow in gleichem Sinne geäußert. Die Namen dieser Herren können genannt werden, wie z. B. Graf Halldorf-Walmitzfeld.

Diese Erklärungen sind politisch wertlos. Aber für den Oberreichsanwalt sollten sie immerhin von Wichtigkeit sein, wenn er etwas unternehmen wollte oder dürfte! Auch nachdem der Reichstag in seiner bürgerlichen Mehrheit den Antrag auf Einleitung des Hochverratsverfahrens gegen Rahr und Lossow abgelehnt hat.

Bayerische Volkspartei gegen die Vaterländischen.

München, 24. November. (M.B.) Das Organ des Fraktionsvorstehers der Bayerischen Volkspartei, der „Regensburger Anzeiger“, erklärt in einer Besprechung des Hitler-Büchses es für notwendig, daß das Verhältnis von Staatsgewalt und Staatsautorität zur Organisation der vaterländischen Bewegung grundsätzlich ein anderes werde. Es könne nur einer Herr im Staate sein, nämlich der Staat selber. Die Haltung der Reichswehr und der Landespolizei habe gezeigt, daß der Staat wieder so stark geworden sei, daß er keiner illegalen Machtmittel mehr bedürfe, um sich zu behaupten.

Rahr stellt sich bekanntlich auch heute noch hinter die vaterländischen Kampfverbände und glaubt sie als willkommenes Instrument für seine Machtgelüste nicht entbehren zu können. Man darf deshalb annehmen, daß sich die Ausführungen des „Regensburger Anzeiger“ gegen Rahr direkt wenden.

Steuern in Preußen nach Goldwert.

Nachdem kürzlich von der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Zahlung der Reichssteuern nach ihrem Goldwert vorgeschrieben worden ist, wird in den nächsten Tagen vom preußischen Staatsministerium eine ähnliche Vorschrift auch für die preußischen Staatssteuern, die kommunalen Abgaben und die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer-Beiträge getroffen werden. Die Regelung wird sich eng an die reichsrechtlichen Bestimmungen anschließen. Eine Schonfrist ist nicht vorgesehen.

In der Verordnung des preußischen Staatsministeriums wird das Prinzip der Goldzahlung u. a. in der Weise durchgeführt werden, daß die Umwertung der Papiermarktschuld in einen Goldbetrag von allen derjenigen Abgaben, die auf Grund einer vom Staatsministerium bestimmten Verhältniszahl festgesetzt sind, auf den Tag der Festsetzung der Verhältniszahl zurückbezogen wird.

Presseverantwortlichkeit und Immunität.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich vor kurzem mit der Frage, ob mit dem durch geltenden Rechtszustand gebrochen werden solle, wonach ein durch seine Immunität geschützter Abgeordneter den Posten eines verantwortlichen Redakteurs übernehmen darf. Der Ausschuss nahm einen Antrag des Abg. Brodau (Dem.) an, wonach fortan in allen Fällen, in denen es sich um die strafgerichtliche Verfolgung eines Mitgliedes des Reichstags in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur einer periodischen Druckschrift handelt, der Geschäftsordnungsausschuß grundsätzlich dem Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung vorschlagen soll. Ferner wird die Verhängung der Mitgliedschaft des Ausschusses beim Plenum des Reichstags beantragen, die Reichsregierung zu erziehen, baldigt im Sinne des Antrags Brodau einen Gesetzentwurf zur Abänderung des § 8 des Pressegesetzes dahin vorzulegen, daß als verantwortlicher Redakteur periodischer Druckschriften nicht bezeichnet werden dürfen Personen, die dem Reichstage oder einem Landtage angehören. Nach Erledigung der prinzipiellen Frage wurden mehrere Einzelfälle behandelt, in denen die Strafverfolgung verschiedener Redakteure, die zugleich Abgeordnete sind, nachgesucht wird. In allen diesen Fällen

entschied der Ausschuss mit großer Mehrheit die Verhängung der Genehmigung, weil er seine prinzipiellen Beschlüsse von heute keine rückwirkende Kraft verleihen wollte.

Kämpfe mit Sonderbündlern.

130 Separatisten erschlagen.

Mün., 24. November. (M.B.) Ueber blutige Kämpfe zwischen dem Selbstschutz des Siebengebirges und Sonderbündlern berichtet die „Kölnische Zeitung“: Die Zahl der dabei getöteten Sonderbündler mit 130 sei nicht zu hoch angegeben. Die in Honnef untergeordneten Sonderbündler hatten durch Plünderungen und Gewalttätigkeiten die Erdbürger der Stadt- und Landbevölkerung aufs äußerste gequält. Schon am vergangenen Dienstag wurden in Rheinbreitbach fünf Sonderbündler aus Kraftwagen herausgeholt und erschlagen und zwischen Expel und Pütz der Bataillonschef Strochmann erschossen. Im ganzen Siebengebirge bildete sich inzwischen ein Selbstschutz, dem alle Parteien angehören. Als in Hoxel ein im Automobil angekommener Trupp Sonderbündler wieder plündern wollte, griff der Selbstschutz ein, von dessen Mitgliedern ein Mann durch einen Schuß des Autoführers getötet wurde. Ueber das Schicksal dieser Sonderbündler ist nichts bekannt. Ein zweites Auto mit 30 Sonderbündlern, welches dem ersten folgen wollte, kehrte um, wurde aber vom Honnefer Selbstschutz aufgehalten. Von 30 Mann wurden 23 erschlagen. Am Freitag morgen etwa 2000 Sonderbündler gegen den Selbstschutz vorgehen wollten, kam es im Honnefer Stadtwald zu stundenlangen Kämpfen, in deren Verlauf 70 Sonderbündler getötet und 50 gefangen genommen wurden.

Die Arbeitslosenfrage im Rheinland.

Duisburg, 24. November. (M.B.) Die Stadtverwaltung hat mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage etwa 1000 Arbeitslose mit Familien ins unbefestigte Gebiet abgehoben. Die Arbeitslosen waren mit dieser Maßnahme einverstanden. Weitere Transporte sollen folgen. Die Stadt hofft die Zahl der Erwerbslosen, die jetzt etwa 40 000 beträgt, durch Abfaltungen ins unbefestigte Gebiet so zu vermindern, daß nur noch die aus Duisburg selbst stammenden übrigbleiben.

Folgen der Judenhefte.

Verhaftung der polnischen Regierung beim Reichskanzler.

Die polnische Regierung hat sich durch Vermittlung der polnischen Gesandtschaft in Berlin beim Reichskanzler über die Mißhandlung und Plünderung von polnischen Staatsbürgern jüdischen Glaubens am 5. November in Berlin beschwert. Es liegen über hundert Protokolle vor, aus denen sich ergebe, daß die Polizeibehörden die Angegriffenen nicht verteidigt hätten. Das Eingreifen des polnischen Generalkonsuls sei wirkungslos geblieben. Die polnische Regierung fragt an, in welcher Weise die schuldigen Beamten bestraft werden, und verlangt Schadenersatz für die geschädigten polnischen Staatsbürger.

Die „Ostthüringische Tribüne“, die Geraer sozialdemokratische Zeitung, ist vom Militärbesatz in Thüringen auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Der Idealtend der Deutschnationalen aller Grade, Herr Mussolini, hat jetzt im Verfolg seiner Ausrottungspläne gegen das Deutschtum auch alle deutschen Volkstümme in Südtirol schließen lassen. Die Stadt Innsbruck benannte zum Protest verschiedene Straßen und Plätze nach Südtirol und seinen Städten.

Jarische Henker als Sowjetbeamte. In den nächsten Tagen beginnt in Moskau ein Prozeß gegen zwei ehemalige Gefängnisinspektoren Komalow und Kurilo-Sementowski, die beschuldigt sind, während der Jaranzzeit politische Gefangene gefoltert zu haben. Nach der Revolution gelang es beiden Angeklagten, unter Verheimlichung ihrer Vergangenheit, in den Dienst der Sowjetregierung zu treten, wobei Komalow sogar die Ernennung zum Chef eines der Konzentrationslager erreichte, in welchen die Sowjetbehörden bekanntlich politische Gefangene internierten.

Weißrussische Kandidaten zum englischen Unterhaus sind 22 aufgestellt, darunter 4 Konfessionelle, 8 Liberale, 9 von der Arbeiterpartei und eine Unabhängige.

Gebet.

Mutter, du, Erde,
Läß mich doch ruh'n!
Milde bin ich, hole mich nun,
Sel es im Donner, sel es im Sturm,
Nur hol' mich ein!
Gib mir doch Frieden, mir Erdenswurmt,
Nur war und Sorge mein Lebenslauf,
Nimm mich doch auf!
Mutter, Mutter, dann bin ich dein!

Mutter, du, Erde,
Nimm mich doch auf!
Führ' mich als Flamme Sterne hinauf,
Bette mich in dein saftiges Kleid! — — —
Nur laß mich ruh'n!
Mutter, hörst du? Ein Leben voll Leid,
Läß es vergangen, vergessen sein,
Ich bin doch dein!
Mutter, Mutter, laß mich doch ruh'n!

Mutter, du, Erde,
Wißt du mich nicht?
Mutter, der Wahnstinn hält heut Gericht!
Wie's durch die Stunden flüstert und raunt, — — —
Immer nur: Geld!
Wie es die Nacht durch die Welt posant:
Hunger und Hunger und Haß und No!
Wie er uns droht,
Mutter, der Wahnstinn auf deiner Welt!

Frühwache, Retailarbeiter.

Ein Sechzigjähriger.

Nach all den schweren Verlusten, die die Partei in der letzten Zeit erlitten hat, ist es uns eine um so angenehme Pflicht, eines Lebenden zu gedenken. Morgen begeht Conrad Schmidt seinen 60. Geburtstag. Die deutsche Sozialdemokratie hat alle Ursache, in erster Reihe unter den Gratulanten zu erscheinen, denn der Jubilar hat ihrer Sache ein volles Menschenleben hindurch das Beste, was er zu geben hatte: seine gesamte geistige Persönlichkeit und die reichen Früchte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung gestellt.

Geboren in Königsberg, entstammt er einer Familie, in der lebhafteste Teilnahme an den geistigen Kämpfen der Zeit Tradition war. Sein Großvater mütterlicherseits war der Königsberger Dompropst Pupp, der, wegen einer Predigt seines Anters erschri, ein Mitbegründer der Freireligiösen Gemeinde wurde. Sein Vater hatte als Referendar sich der 1848er Bewegung angeschlossen, mußte infolgedessen die juristische Karriere aufgeben und externe

das Raumerhandwerk; er hat später als Sprecher in der Freireligiösen Gemeinde gewirkt. Nach Abschloß der Königsberger Wilhelmshausmannschaft und einiger Semester an der Königsberger Universität ging Conrad Schmidt nach Berlin, um dort Nationalökonomie zu studieren und sich auf die akademische Karriere vorzubereiten. Gleichzeitig mit ihm studierte in Berlin seine jüngere Schwester (heute Käthe Kollwitz), die sich bei Clausen-Bern als Malerin ausbildete. Die Schrift, mit der sich Schmidt den Doktorgrad erwarb, hat sofort die Aufmerksamkeit sozialistischer Kreise, vor allem unseres Friedrich Engels in London, auf den jungen Gelehrten gelenkt.

Mit Engels trat Schmidt denn auch bald in einen engen, inzwischen zum Teil veröffentlichten Briefwechsel, und der alte Meister veranlaßte ihn, zu längerem Aufenthalt nach London zu kommen. Fast ein Jahr lang weilte Conrad Schmidt in London und genoß das für den Menschen wie für den sozialistischen Theoretiker unvergleichliche Glück eines intimen Umgangs mit dem Mitstreiter des europäischen Sozialismus. Sein Versuch, sich dann als Privatdozent an der Leipziger Universität zu habilitieren, habe trotz des glänzenden Befähigungsnachweises, den er in seiner Doktorarbeit erbracht hatte, keinen Erfolg; er wurde, als Sozialdemokrat, nicht einmal zur Prüfung zugelassen, ein Skandal, der seinerzeit viel Staub aufwirbelte und auch im sächsischen Landtag zur Sprache gebracht wurde. Schmidt redigierte dann in Berlin eine Zeitschrift „Volkstribüne“ und ging danach im Jahr 1890 nach der Schweiz, wo er ohne Schwierigkeit in Zürich als Privatdozent zugelassen wurde. Fünf Jahre dauerte seine dortige akademische Wirksamkeit. Im Jahr 1895 kehrte er nach Berlin zurück, um von nun an hauptsächlich mit der Feder der Partei zu dienen. Zahllos sind seine Abhandlungen, die er in den wissenschaftlichen Zeitschriften unserer Partei veröffentlichte und die in ihrer Gesamtheit dem Ausbau und der Weiterbildung des Marxismus dienen. Den Berliner Arbeiter wurde er als ständiger Theaterkritiker der „Vorwärts“ bekannt, und besonders auch als Vorleser der Freien Volkshäuser, die er lange Jahre leitete. Nach der Umwälzung erlebte er dann noch die Genugtuung, daß die Republik das Anrecht, das der „Ordnungsstaat“ seinerzeit an ihm begehrt hatte, in etwas milderer gutmachender Artusminister Henrichs ernannte ihn im Jahr 1919 zum Professor und erteilte ihm einen Lehrauftrag für Nationalökonomie und Staatswissenschaften an der Technischen Hochschule in Charlottenburg.

Alle, die unserm Genossen persönlich nahegetreten durften, haben wohl einen harten Eindruck von seiner selbstlosen, dem eigenen Wert stets der Sache hinterstellenden Persönlichkeit empfunden, und ihn die Partei nicht nur den treuen, verdienstvollen Genossen, sondern auch dem Menschen, wenn sie ihn an diesem Widmung seines Lebens ihren Dank für die besten Dienste ausdrückt und ihm ein weiteres erfolgreiches Wirken in seinem Lebenskreis wünscht.

Erkennungsreden der Woche. Mittwoch: Neues Theater am Zoo (Schaubühne): „Das Friedensfest“. — Donnerstag: Lehntheater: „Michael Kramer“.

Der Direktor des Hohenzollern-Museums, Prof. Paul Seidel, ist von seinem Amt zurückgetreten. Hoffentlich benützt man diese Gelegenheit, um das nicht mehr ganz zeitgemäße Museum aufzulösen. Was sich von Kunstwerten darin befindet, wäre in den staatlichen Sammlungen unterzubringen und der Rest könnte an monarchistische Schaubudenbesitzer meistbietend verkauft werden.

Deutsche Forschungsarbeit in Afrika. Geheimrat Regierungsrat Prof. Kleins, Abteilungsleiter im Institut Robert Koch, ist in diesen Tagen von einer Forschungsreise nach Afrika zurückgekehrt. Vor zwei Jahren ist er von der Deutschen Chemischen Industrie als Leiter einer Expedition dorthin entsandt worden, um das von den Harborten Bayer-Ebersfeld hergestellte neue Mittel „Bayer 205“, dessen starke Heilwirkung auf Trypanosomen-Infektionen bereits hier festgestellt war, in ausgedehnten Versuchen an Ort und Stelle zu erproben. Geheimrat Kleins hat seine Arbeiten zuerst im englischen Kordhafia, dann im belgischen Kongostaat ausgeführt. Er wurde dabei von den dortigen Regierungen durch größtes Entgegenkommen unterstützt. Nach seinen Feststellungen übertrifft das neue Mittel weitaus die bisher bekannten. Es vermag nicht nur beginnende, sondern in den meisten Fällen auch weiter fortgeschrittene Fälle von Schlafkrankheit zu heilen. Kleins glaubt dennoch, daß die gänzliche Ausrottung dieser furchtbaren Krankheit im Grunde nur noch eine Frage der Organisation sei.

Eine Brücke über den Steinen Belt. Die dänische Blätter mitteilen, gilt es nun als sicher, daß Jütland und Fünen durch eine feste Brücke verbunden werden. Das Ministerium wird in der nächsten Zeit mit festen Vorschlägen an das Reichsbürgertum herantraten. Die Brücke wird bestehen aus einer Eisenbahnbrücke, verbunden mit einer Schwefelbrücke für Automobile. Die Kosten sind veranschlagt auf 32 Millionen Kronen, doch würden dazu noch die Kosten kommen für das Land, das zur Durchführung des Projekts enteignet werden muß.

Lenau'scher als Dramatiker. Im früher kaiserlichen Alexandertheater in Petersburg fand, wie der Ost-Express meldet, die Uraufführung des Dramas „Kanzler und Schloffer“ statt, dessen Verfasser der Bildungsminister der Sowjetrepublik Lunatscharski ist. Die Handlung geht in einem „Nordland“ genannten Staat vor sich, der deutlich die Jüze Deutschlands trägt und zeigt den siegreichen Kampf der von dem Schloffer geführten Kommunisten gegen den kaiserlichen Kanzler und das reiche Bürgertum. Die Besprechungen der Sowjetpresse heben hervor, daß die auftretenden Hauptpersonen weder Kopien noch Karikaturen zeitgeschichtlicher Persönlichkeiten sind und daß die niedergehende Welt, als deren Repräsentant der Kanzler auftritt, ohne Berge oder Uebertrieben gezeichnet sei.

Der Österreichische Weltmann. Herr Totenkopf, den 25. abends 8 Uhr, in der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, Berlin, 10. 10. 1920, an: Götter: Herrin Götter, Helene Götter, Kammerrätin Frau Götter, Prof. Albert Götter.

Für die Deutschlandhilfe. In Ehren des Wiener Schauspieler Ernst Land (anlässlich seines 75. Geburtstages eine Festbesprechung hat), deren Gedächtnis durch die Deutschlandhilfe widmete.

Die „Exekutive“ gegen Sachsen.

Erklärung der Genossen Schmidt, Radbruch und Söllmann.

In der Presse wird vielfach behauptet, die sozialdemokratischen Reichsminister hätten der „Reichsexekutive“ gegen Sachsen und der Absetzung der sächsischen Regierung durch den Reichskommissar Dr. Heinze zugestimmt. Die früheren Minister Schmidt, Radbruch und Söllmann verbreiten deshalb durch den „Soz. Parlamentsdienst“ folgende Darstellung der Tatsachen:

Vom ersten Tage der Regierung Stresemann an wurden der Reichskanzler und der Reichsinnenminister mit Telegrammen sächsischer Industrieller überschüttet und von Abordnungen aufgesucht, die Schutz gegen terroristische Aktionen verlangten. Der Reichsminister des Innern verwies die Beschwerdeführer regelmäßig an die sächsische Regierung, der die Polizei unterstehe, und wandte sich regelmäßig in jedem einzelnen Beschwerdefalle an die sächsische Regierung um Untersuchung und nötigenfalls Abhilfe. Das Verlangen sächsischer Industrieller, Reichswehr für Sachsen anzufordern, lehnte der Reichsinnenminister jedesmal mit der Begründung ab, daß die deutschen Länder von der Reichsregierung nur nach gleichem Recht gemessen werden dürfen. Auch in anderen Ländern habe sich die Polizei nicht immer Unruhen gemacht gezeigt; auch in anderen Ländern, so in Bayern, beschwerten sich bestimmte Bevölkerungsteile über verfassungswidrige Zustände. Die Reichsregierung müsse sich zunächst mit einer Einwirkung auf die verfassungsmäßigen Landesregierungen beschränken. Die Reichsexekutive könne nur als letztes Mittel in Anwendung kommen.

Die Lage veränderte sich, als der militärische Ausnahmezustand, für dessen Verhängung so gut wie ausschließlich die Diktatur Ruhr in Bayern und die bedrohlichen Bewegungen rechtsradikaler Organisationen in den preussischen Nordostgebieten entscheidend waren, erklärt war. Nun konnte der Inhaber der vollziehenden Gewalt nach seinem Belieben die Reichswehr marschieren lassen. Ein Kabinettsbeschluss über die Verstärkung der Reichswehr in Sachsen wurde nicht gefaßt. Bevor der Reichswehrminister seine Truppenverstärkungen nach Sachsen sandte, verlangte der Reichsminister des Innern in Gegenwart des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichswehrministers die Zustimmung, daß sich diese Truppenbewegungen nur gegen Ruhestörungen und Angriffe auf die Verfassung richten sollten. Dies wurde zugesagt und ferner erklärt, daß der Wehrtreuekommandeur Anweisung erhalten, sich gegenüber der Zivilbehörde möglichst zurückzuhalten. Der Reichswehrminister wies aber darauf hin, daß schon seit längerer Zeit sich sächsische Industrielle um Hilfe gegen Terrorakte nach Bayern gewandt hätten. Es bestehe Gefahr, daß bayerische Faschistentruppen nach Sachsen vorstießen, um dort Ordnung zu schaffen. Darum sei es notwendig, die sächsisch-bayerische Grenze zu schützen. Von einer Befehlsgebung ganz Sachsens war niemals die Rede, vielmehr sprach der Reichswehrminister ebenfalls nur von der Befehlsgebung weniger angeblicher Unruherheerde. Von der Absicht eines Vorgehens gegen die sächsische Regierung und ihre verfassungsmäßigen Organe war damals gleichfalls keine Rede. Der Reichsminister des Innern hat im vorstehend geschilderten Sinne im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister die Befehlsgebung der beiden mitteldeutschen Länder über Zweck und Ziele der Reichswehrverstärkungen unterrichtet.

Am 27. Oktober gab der Reichswehrminister als Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reichskabinettsrat plötzlich bekannt, daß er noch an demselben Tage einen Reichskommissar für Sachsen ernennen werde, der die Regierung zeitweilig suspendieren und die Parteien des sächsischen Landtages auflösen solle, sofort eine Regierung ohne Kommunisten zu bilden. Der Reichswehrminister fügte hinzu, er tue dies auf eigene Verantwortung, jedoch teile er dem Kabinettsrat seine Absicht mit. Er begründete sein Vorgehen mit Nebenkommunistischer Minister, die zum gewalttätigen Sturz der Reichsregierung und der Reichsverfassung aufgerufen, und mit einem auch von der kommunistischen Landtagsfraktion Sachsens unterzeichneten Flugblatt, das in dem gleichen Geiste gehalten war. Die Sozialdemokraten erklärten sich insbesondere mit Rücksicht auf das in der Tat ganz unerhörte Flugblatt damit einverstanden, daß die sächsische Regierung aufgefordert werde, sich von den verfassungsbrüchigen kommunistischen Ministern zu trennen, ebenso wie an demselben Tage die bayerische Re-

gierung von dem Reichskanzler brieflich aufgefordert wurde, den General Lossow zu entlassen und die verfassungsmäßige Befehls-gewalt der Reichswehr wiederherzustellen. Der Vorschlag des Reichswehrministers aber, der schon in einem fertigen Briefe an die sächsische Regierung vorlag, wurde von uns stundenlang mit großer Entschiedenheit bekämpft. Die Aussprache spitzte sich so zu, daß die Kabinettsfraktion auf eine Stunde unterbrochen und der Kanzler, der die Sitzung zu einem Besuche bei einem ausländischen Diplomaten verlassen hatte, herbeigeholt wurde. In der Pause begaben sich die sozialdemokratischen Minister, die schon im Kabinettsrat darauf hingewiesen hatten, daß der Vorschlag des Reichswehrministers die Koalition gefährde, in den Reichstag, um dem Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller und anderen Mitgliedern des Fraktionsvorstandes den Ernst der Lage darzustellen. Die Minister sprachen die Absicht aus, gegenüber solchen Zumutungen, die für die Partei untragbar seien, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Die Fraktionsvorsitzenden machten darauf aufmerksam, daß eine so schwerwiegende Entscheidung, wie der Austritt der Partei aus der Regierung, nur von der Fraktion getroffen werden könne. Bei der Wiedereröffnung der Kabinettsfraktion lag ein Vermittlungsvorschlag vor, der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden zu stellen, und erst, wenn sie nicht zurückgetreten sei, den Reichskommissar zu ernennen. Dieser Vorschlag wurde nicht abgestimmt. Den sozialdemokratischen Ministern kam es, wie sie ausdrücklich erklärten, darauf an, die sofortige Ernennung des Reichskommissars zu verhindern und Zeit zu Verhandlungen mit ihren Dresdener Parteigenossen zu gewinnen. Es eilte denn auch sofort Schmidt und Radbruch mit einigen anderen Genossen nach Dresden. Inzwischen hatte der Reichskanzler an den sächsischen Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet, dessen Wortlaut dem Kabinettsrat nicht vorgelegt hat. Der entscheidende Passus dieses Briefes lautet:

„Ich ersuche Sie, mir über den Rücktritt der Regierung innerhalb des morgigen Tages, den 28. Oktober, Nachricht zu geben. Falls eine Neubildung der Regierung auf anderer Grundlage ohne Mitwirkung sächsischer Mitglieder nicht sofort herbeigeführt und dadurch die Ruhe, Sicherheit und Ordnung des Landes weiter gefährdet werden sollte, wird der Inhaber der vollziehenden Gewalt einen Reichskommissar bestellen, der die Verwaltung des Landes bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in die Hand nimmt.“

Schließlich ging der Reichskanzler doch einen etwas anderen Weg, indem er sich eine allgemeine Ermächtigung zum Vorgehen gegen die sächsische Regierung von dem Reichspräsidenten geben ließ. Weder an der Verordnung, noch der Ernennung des Reichskommissars hat ein sozialdemokratischer Minister mitgewirkt. Auch gewannen die Genossen Gradnauer und Radbruch, die sich nach ihrer Rückkehr aus Dresden noch in der Nacht vom 28. zum 29. Oktober zum Reichskanzler Dr. Stresemann begaben, den Eindruck, daß entscheidende Schritte des Reichskommissars vor Dienstag nicht erfolgen würden. Als am Montag, den 29. Oktober, mittags, das Kabinettsrat zusammentrat, erhoben die sozialdemokratischen Minister, wie eine Stunde vorher schon Wels und Müller in der Parteiführer-Leprosung, gegen die Ernennung Heines Ein-spruch. Der Reichskanzler Dr. Stresemann erklärte, daß der Reichskommissar zwar ernannt sei, aber noch keine Instruktion für sein Vorgehen habe. Der Reichskanzler wollte erst telephonisch mit dem Reichskommissar über die weiteren Schritte verständigen. Sedenfalls müsse sich der Reichskommissar zurückhalten und abwarten, ob die zu neuen Vermittlungsvorläufen nach Dresden geistigen sozialdemokratischen und demokratischen Führer Erfolg hätten. Nach ehe der Reichskanzler, verhindert durch mehrere Besprechungen, mit Dr. Heinze in telephonische Verbindung kam, hatte dieser ohne jede Instruktion des Reichskanzlers und sogar vor Veröffentlichung der Verordnung des Reichspräsidenten die Reichswehr marschieren und die sächsischen Minister absetzen lassen. Sowohl der Reichspräsident wie der Reichskanzler waren bei dem Eintreffen der telephonischen Nachrichten über die Reichswehraktion vor und in den sächsischen Ministerien äußerst überrascht. Die sozialdemokratischen Minister gaben noch in derselben Stunde die Erklärung ab, daß sie sich als in Demission betrachten und nicht zweifeln, daß die Reichstagsfraktion die Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister beschließen werde.

lich günstig“ war, weil man glaubt, daß „breite Massen auf den Ruf zum Kampf warteten“. Daß das Vorgehen

nicht gefaßt, ist ein ungeheurer Fehler, für den die Leistung der Partei verantwortlich gemacht werden muß. Jetzt ist der Gegner gewarnt. Er wird seine Rüstungen unwehener verschärfen und ist nur deshalb in Sachsen härter vorgegangen, weil er sah, daß die SPD. in Ost-Hamburg unausgenutzt blieb. Zweifellos wird für die nächsten Tage mit einem Abgeben der revolutionären Welle zu rechnen sein. Doch besteht kein Zweifel, daß neue Konflikte sehr bald neue Kämpfe bringen werden. Für diesen Kampf gilt es mit aller Macht alle organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

Es ist klar, daß solche wahnhaften Vorbereitungen Wasser auf die Mühlen der Reaktion sind, daß achtsame Kreise des Bürgertums und auch der Arbeiterschaft durch diesen Wahnsinn ins reaktionäre Lager getrieben werden. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, diesen irrsinnigen Propheten des Massenmords entgegenzutreten, sie ist gezwungen, ihren Kampf nach zwei Fronten zu richten, weil der Erfolg solcher Bürgerkriegspropaganda das Ende und den Untergang Deutschlands bedeuten würden. Die Arbeiterschaft muß den Wahnsinn des Militarismus abwehren, gleich ob er von rechts oder von links kommt.

Unterschriften Abwesender.

Die Geschäftsordnung des Reichstages.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages beschloß sich gestern mit der Frage, ob Unterschriften abwesender Abgeordneter unter Anträgen, die im Plenum ihre Erledigung finden sollen, gültig sind. Diese Frage ist dadurch aufgeworfen worden, daß die kommunistische Fraktion nur gerade die zur Unterstützung von Anträgen erforderliche Zahl von 15 Mitgliedern hat, die durch den Ausschluss des Abg. Kemmel und die Krankheit der Frau Reitz um zwei vermindert ist. Auf Antrag des Vorsitzenden Abg. Wormuth (Dnat.) lagte der Geschäftsordnungsausschuss den Beschluß, daß Unterschriften unter solchen Anträgen von Mitgliedern des Reichstages, die tatsächlich oder rechtlich einen Willen zur Stellung solcher Anträge nicht besitzen können, ungültig sind. Die rechtliche Unfähigkeit soll für die Zeit gelten, in der ein Mitglied des Hauses von den Sitzungen ausgeschlossen ist.

Die bulgarischen Parlamentswahlen ergaben für die Regierungskoalition ungefähr 165 Mandate von 247. Die übrigen Mandate teilen sich in Nationalisten, Agrarier und Kommunisten. Kommunisten und Agrarier hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt.

„Vater ist im Gefängnis!“

Ein etwa zwölfjähriges Mädchen, an der Hand das um die Hälfte jüngere Brüderchen, bettelt an der Wohnungstür um ein Stückchen Brot. Beiden schaut offensichtlich der Hunger, die lange Unterernährung aus den krankhaft umschatteten Augen. Von der Herbsthitze gerötete Wangen verbergen dem schärferen Blick nicht den fürberlichen Verfall. Dünne, vielfach geflickte Kleider zeigen noch deutlicher die Magerkeit des Leibes. Was würde der Arzt sagen? Tuberkulose... fast hoffnungslos, wenn nicht baldige energische Hilfe einsetzt! Blüh-schnell fliehen die Gedanken fast zwei Jahrzehnte zurück. Bettelnde Großstadtkinder... damals eine landläufige Erscheinung. Heute eine Seltenheit, trotz aller graufigen Not in den Hinterhöfen der Mietkasernen. Wie lange noch selten? Was treibt die beiden Kleinen als Schrittmacher auf den Bettel? Geld gibt man ihnen doch nicht, also müssen sie Hunger haben. Es ist nicht herzlos, nicht überflüssig, ein wenig auf den Zahn zu fühlen. „Warum kommt denn eure Mutter nicht? Ist sie krank?“ Das Mädchen schüttelt den Kopf. „Krank? Nein... Mutter arbeitet, aber sie verdient so wenig.“ Ich examiniere weiter. „Und dein Vater... ist der schon tot?“ Die Kleine wird verlegen, unruhig, ist auf solche Frage nicht gefaßt. Dann sprudelt es heraus, wahrheitsgetreu und fast trotzig: „Vater ist ins Gefängnis!“ Bittend schienen die Augen zu sagen: „Frage doch nicht soviel... was können wir denn dafür, daß er im Gefängnis sitzt... Hilf uns lieber! Kartoffeln hatte er unerlaubt genommen, Kartoffeln vom vollen Acker, um für die Seinen zu sorgen. Tausende machten es ebenso, gerade ihn hatten sie erwischt. Fiat Justitia! Berechtigtheit, die strafende, wollte es, daß der Staat drei Monate für ihn selbst sorgte und er nicht mehr sorgen konnte für die Seinen. Hunger tut weh, Hunger treibt zu schlimmerem. Andere Zeiten, erschwingliche Preise hätten ihn nicht zum Diebe gemacht. Seine Kinder müssen weiter hungern, vielleicht mehr als vorher... Wieviele Väter noch sitzen im Gefängnis wegen der gleichen Schuld? Und wer ist im größeren Maße schuldig an der Schuld des Diebes aus Not?“

Die riesig gewachsene Kriminalität gestaltet bessere Bestrebungen besonders schwierig. Um so bedauerlicher ist es, daß der seit Jahrzehnten bestehende Verein zur Besserung der Straf-gefangenen, der seine Arbeitsstätte im Landgerichtsgebäude in der Brunerstraße beim Alexanderplatz hat, in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist. Er sorgte auch für die Familien der Strafgefangenen, die sonst oftmals dem bittersten Elend preisgegeben wären, und muß seine segensreiche Tätigkeit einstellen, wenn nicht schnell und durchgreifend geholfen wird. Spenden werden nach der bezeichneten Geschäftsstelle oder auf Post-scheckkonto 79 766 erhoben.

Die Devisenfalle im Eckhaus.

Werte von 108 Billionen Mark beschlagnahmt.

Mit dem altbekannten Trick, ein Eckhaus mit zwei Ein- bzw. Ausgängen zu schwindelhaften Unternehmungen zu benutzen, hat in nicht weniger als 15 Fällen ein Devisenjäger, ein früherer Kassier Commerons, Glück gehabt; er wurde jetzt endlich mit seiner Braut festgenommen.

Commeron lauerte am Anhalter Bahnhof ankommenden Fremden oder auch Boten auf, bei denen er Devisen oder wertvollendes Geld vermutete und spiegelte ihnen vor, er sei Angelegter einer Bank und könne ihnen einen erheblich höheren Kurs als den amtlichen zahlen. Er führte dann die Deute, die auf seinen Vorschlag eingingen, nach der Bank, brühte auch auf die Türklinte, obwohl er wußte, daß nicht geschlossen war und nahm ihnen die Devisen ab unter der Vorspiegelung, daß er auf einem Umwege nach zum Ziele kommen werde. Jetzt geleitete er seine Opfer auf den Flur eines Nebenhauses, während sie glaubten, es sei das Haus, in dem sich das Bankgeschäft befände und verschwand mit keiner Deute durch den zweiten Ausgang des Eckhauses. Wie ihm nachgewiesen werden konnte, hatte Commeron in 15 Fällen Glück mit der Eckhausfalle. Bei dem Verhafteten, der erst kürzlich nach Berlin kam und mit seiner Braut in einem Hotel wohnte, fand man für 108 Billionen Schah-anweisungen, Renten-mark und Devisen. Er will das alles rechtlich verdient haben, obwohl er keine Arbeit nachweisen kann. Ein Opfer, dem er alsbald gegenübergestellt werden konnte, erkannte ihn sofort wieder.

Vierfache Erhöhung des Portos.

Ein Fernbrief 80 Milliarden Mark.

Der unablässig fortschreitende Verfall der Mark zwingt die Postverwaltung, die seit dem 12. November geltenden und vom 20. November an verdoppelten Post- und Postfachgebühren zum 28. November nochmals zu erhöhen, und zwar auf das achtfache der Sätze vom 12. November, das ist also das vierfache der jetzt geltenden Sätze. Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 26. November an 80 Milliarden Mark, die Fernpostkarte 40 Milliarden, die Drucksache bis 25 Gramm 16 Milliarden und die Einschreibung 80 Milliarden Mark. Für Bareinzahlungen mit Postanweisung kosten bis 25 Billionen Mark 100 Milliarden Mark, über 25 bis 50 Billionen Mark 200 Milliarden Mark, über 50 bis 100 Billionen Mark 300 Milliarden Mark. Bareinzahlungen mit Scheckkarte kosten bis 25 Billionen Mark 50 Milliarden Mark, über 25 bis 50 Billionen Mark 100 Milliarden Mark. Ausgeschlossen von der Erhöhung bleiben die Zeitungsgelder, die Gebühr für Blindenschriftensendungen, die Versicherungsgebühr, die Gebühr für Auszahlungen im Postfachverkehr, die Gebühren für Pakete nach dem Ausland und einige andere Nebengebühren.

Verkehrsänderungen bei der Straßbahn.

Ab 26. November d. J. tritt auf der Linie 3, Großer Ring, eine Änderung des Fahrplans ein. Die ersten 3 Wagen fahren in Richtung Bümersdorf-Neußölln anstatt 5.35, 5.50 und 6.05 von der Huttenstraße, 27 Minuten später, 6.02, 6.17 und 6.32 ab Friedrichs Platz; der erste Wagen von der Huttenstraße nach dem Westen fährt 6.20. Sonn- und Feiertags erfolgt der Betrieb ab Friedrichs Platz von 8.02 an, ab Huttenstraße von 8.20 anstatt jetzt 7.20 Uhr. — Die Strecke der früheren Linie 56 zwischen Händelplatz und Richterfelde-Süd wird ab 25. d. M. wieder in Betrieb genommen. Zu diesem Zwecke wird die Linie 1 in der Schloßstraße Ecke Richterfelder Chaussee gegabelt, dergestalt, daß abwechselnd ein Wagen auf dem bisherigen Weg der Linie über die Straße Unter den Eichen bis Richterfelde-West, Draßstraße, der andere Wagen über Richterfelder Chaussee, Händelplatz, Steglitzer Straße, Draßstraße, Ringstraße, Carlsplatz, Luzerner Straße, Appenzeller Straße, Wisomarer Straße bis Richterfelde-Süd, Richterstraße verkehrt. Auf beiden Abzweigen wird dann ein 30-Minutenbetrieb bestehen. — Die Abfahrtszeiten der Linie 44 vom Bahnhof Steglitz werden um 2 Minuten später verlegt.

Benzinexplosion in einer Fabrik.

Eine Explosion von erheblichen Ausmaßen ereignete sich in einer Fabrik in Wickenheide. In den Räumen der Firma Peter-ten, die im dritten Stockwerk eines Fabrikgebäudes in der Streu-straße 42 in Wickenheide gelegen sind, war eine Arbeiterin mit Arbeiter beschäftigt. Dabei entstand eine Stichflamme, die sofort auf einen in der Nähe stehenden Benzintank übergesprang, der sofort Feuer fing und explodierte. Die Flammen zogen sofort alle in der Nähe befindlichen brennbaren Materialien in Feuer und unter den wehenden Arbeitern entstand eine Panik. Einige Verwundete wurden sogar aus den Fenstern springen. Die sofort herbeigeeilte Feuerwehr besetzte die Gefährdeten und räumte das Gebäude, da im Keller mehrere Benzintanks lagerten. Die Gefahr wurde bald beseitigt.

Dokumente des Terrores.

Wie die Kommunisten ihre Aktionen vorbereiten, mit welchem gewissenlosen und brutalen Zynismus sie genau wie ihre Gegenspieler auf der Seite Hitlers und Ludendorffs planmäßig den Bürgerkrieg und neuen Massenmord in Deutschland vorbereiten, geht aus einem Rundschreiben der Hamburger Kommunisten hervor. Das Hamburger „Echo“ veröffentlicht dieses von Urbahnus unterzeichnete Schreiben, das für sich selber spricht. Es hat folgenden Wortlaut:

Ueber die Kämpfe in Hamburg.

Die Kämpfe in Hamburg begannen am Dienstag früh, nachdem am vorausgegangenen Sonntag große ErwerbslosenDemonstrationen zu Zusammenstößen geführt hatten, am Montag die Werk- und Hafenarbeiter in Streik traten, die Erwerbslosenzusammenkünfte sich fortsetzten mit der Erklärung von 17 Polizeiwachen, wobei viele Waffen in die Hände der Kämpfenden fielen. Tatsächlich richtig war, daß die kämpfenden Arbeiter nicht in den Wachen überleben, sondern sich über Stachenzäune, Hülfersböden, ja ganze Stadtviertel verteilen und sich gegen die stürmende Sipo und Reichswehr verteidigten. In den Straßen waren Barrikaden errichtet, eine anders und besser wie die andere. ... Außerordentlich bewährt im Straßenkampf haben sich die Dachschützen, wobei festzustellen wurde, daß ganz wenige Arbeiter die viel besser bewaffnete und zahlreichere Sipo mehrere Tage in Schach gehalten haben. Selbst als schwere Kampfmittel, wie Panzerautos, eingesetzt wurden, sind die Arbeiter nicht geschüchert. Es ist vielmehr gelungen, teils durch Abseilung, teils durch genaues Schießen, die Panzerautos außer Gefecht zu setzen. Auffallend war, daß die Sipo wild durcheinander feuerte und nur in großen Verbänden kämpfte, während zwei Tage sechs Dachschützen aus Arbeiterkreisen den ganzen Stadtteil Karmbeck gehalten haben. Es zeigt sich also, daß die von den Wehrkreisen angewandte Methode des Partisanenkrieges der militärischen Kampfweise in Verbänden weit überlegen ist.

Die Kämpfe in Hamburg endeten nicht etwa mit einer Niederlage, sondern wurden auf Anordnung der Partei abgebrochen, und zwar haben sich die Kämpfenden fast ohne Verluste vom Feinde losgelöst. Die Polizei hat wahllos darauflos verhaftet, einen Teil schwer mißhandelt, den größten Teil aber wieder laufen lassen müssen. Von den Kämpfenden selbst sind nur wenige verhaftet.

Der Bezirk Wasserfronte der SPD. ist mit dem Ausgang dieses „abgebrochenen Kampfes“ nicht zufrieden, und im ersten Teil des Rundschreibens wird deshalb lebhaft Klage darüber geführt, daß die kommunistische Partei eine Situation verpaßt hat, obgleich die Situation für diesen Kampf in der vorgehen Woche außerordent-

Vier Wochen Schloßküche.

Die österreichischen Freunde, die sich in der zu einem göstlichen Raum umgestalteten Berliner Schloßküche niederließen, um Rosenkohl die schwere Sorge des grauen Alltags durch eine billige oder ganz unentgeltliche kräftige Mittagsgewinnung zu erleichtern und den durch Unterernährung gelittenen Lebensmut wenigstens für einige Wochen wieder zu heben, hoben gehalten, was sie versprochen. Des vom Sozialgewissen diktierten Unternehmens fand in den Kreisen, für die es in erster Linie bestimmt war, so starken Anklang, daß die Schloßküche schon wenige Tage nach ihrer Eröffnung für die Aufnahme weiterer Gäste gesperrt werden mußte. Hier sah man so recht, wie groß doch die Not unter den Geistesarbeitern und wie unzureichend noch die Hilfe ist. Männer und Frauen mit durchgeleiteten Leidensgefahren, den Kopf voll von Wissen, das sie nicht verwerten können, in abgetragenem Kleider, so fessam abscheulich von der gemachten Eleganz und den brutalen, auf Bässerei eingestellten Gesichtern der Schieber und Wucherer, bitten bei Seite und verschämi um ein Mittagessen. Gelehrte, Künstler, Ärzte, Geisliche, Juristen, Schriftsteller, auch viele jüngere und ältere Damen aus freien Berufen bilden eine vielmögliche Rotgemeinschaft, in der jeder einzelne einen Roman erzählen könnte vom Kampf mit des Lebens Grausamkeit. Viele kennen sich. Vereinte Not wird leichter getragen. Die Preise für die Zähler mußten zeitgemäß von Woche zu Woche erhöht werden, obwohl sie noch immer ein Geschenk bedeuten gegenüber der Unerfindlichkeit des Milliardenenteufels. Wie bringt der leitende Frauengestalt das Kunststück fertig, den Rassenmord von der Schwelle zu bannen? Es beschleibt die Gäste bei aller unerbetenen, unausgesprochenen Dankbarkeit die quälende Sorge, ob nicht von neuem der Hunger wieder an die Türe pochen wird. So mancher ist darunter, der der Allgemeinheit Dienste leistete und es verdient, daß man ihm weiter die helfende Freundschaft reich.

Das „zuständige“ Polizeirevier.

Bei den Polizeistellen sind zum Teil darüber Klagen geführt, daß im Falle dringender Gefahr das Publikum häufig nicht weiß, an welche Stelle es sich zu seinem Schutz wenden soll. Nicht immer ist ein Schutzpolizist gleich anzufinden, und in vielen Fällen ist der einzelne Beamte gar nicht in der Lage, z. B. bei Bedrohung durch eine größere Menschenmenge, den nötigen Schutz zu gewähren. So ist es zu erklären, daß man im Publikum herab und nach dem Telefonbuch diese und jene Stelle anruft, die tatsächlich gar nicht in der Lage ist, Hilfe zu leisten. Auf den einfachsten Gedanken, „sein“ Revier anzurufen, kommt der in Not befindliche Bürger häufig aus dem Grunde nicht, weil er gar nicht weiß, wo sich diese Stelle seiner Zufucht befindet. Jeder Mensch hat ein Notizbuch und in diesem stehen die mannigfachen Telefonnummern und Adressen. Warum nicht auch die des zuständigen Reviers? Wer diesem Rat folgt, kann sich manche geratete Minute ersparen und sich vor manchem Schaden bewahren. Uebrigens steht an den Reklametafeln in ja überall an den Bürgersteigen aufgestellt sind, unter dem Ausschnitt des Stadtplanes auch die Angabe der Feuerwehrtwachen und Polizeireviere vermerkt.

Angünstige Briefmarken. Mit Ablauf des Monats November 1923 verlieren alle Freimariken (auch Hauptpostmarken) im Einzelwert von 100 R. bis 800000 R. ihre Gültigkeit. In Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Dezember 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimariken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Werte von 1 Million Reichsmark vorgelegt werden. Auch bei höherem Gesamtwert wird ein Teilbetrag unter 1 Million nicht vergütet. Marken mit eingedrucktem Wertstempel (Postkarten, Kartenbriefe, Briefaufschläge usw.) werden nicht eingelöst.

Eine Devisenrazzia wurde auch gestern nachmittag in der Tauentzien- und Nürnberger Straße wieder veranstaltet. 29 Personen wurden nach der Wache gebracht, darunter 9 Belgier, die dem Polizeipräsidenten vorgeführt wurden. Einer von diesen besaß nicht die geringsten Papiere. Beschlagnahmt wurden Dollars, Dollarwechselweisungen und englische Pfunde.

Ein Notdienst der Berliner Frauen hat sich gegründet, der Hilfe bringen will den Säuglingen und Kleinkindern, den überlasteten und ermüdeten Hausfrauen, den hungernden und frierenden, den Kranken und Alten, den jugendlichen Arbeitslosen. Nähere Auskunft erteilt die Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidentium Berlin, Zimmer 219b und c, die unter Leitung von Fräulein Margarete Dittmer steht. Speisefeste für Gastkinder, herausgegeben vom Notdienst der Berliner Frauen für Wundertendeckel, sind durch die Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidentium für 150 Goldmark zu beziehen. Günstigen befinden sich in allen Stadtbezirken.

In der Treppow-Straße finden folgende Veranstaltungen statt: Sonntag, 25. November, 4 Uhr: „Vom Monte Rosa zur afrikanischen Küste“ (Film); 6 Uhr: „Spezialvortrag: Südpolexpedition“ (Film); 8 Uhr: „Kampf mit dem Berg“ (Film). Dienstag, 27. November, 8 Uhr: „Astronomie mit dem Opernglas und kleinen Fernrohren“ (Vortrag mit Lichtbildern von stud. astr. B. Archenholz). Mittwoch, 28. November, 8 Uhr: „Mit Fontaine durch die Appenniner Schweiz“ (Vortrag mit Lichtbildern von Gymnasiallehrer H. Joch). Sonnabend, 1. Dezember, 8 Uhr: „Der Weg nach dem Osten“ (Vortrag von Dr. Collin Roth, Film).

Eine religiöse Feier wurde am Sonntag, den 25. November, vom 10. bis 11. Uhr, in der Trinitatiskirche, Karl-Liebknecht-Platz (nahe Untergrundbahn Hermannstraße) ab. Thema: „Solten wir den Tod fürchten?“ Montag, den 26. November, abends 8 Uhr, spricht Gen. Bieler im öffentlichen Gymnasium, Inselstr. 2, über Fragen der Gegenwart. Eintritt frei.

Ein englischer Dampfer explodiert. Der englische Dampfer „Oreck“ ist in der Nähe des Hafens von Marseille explodiert. Von der 35 Mann starken Besatzung sind fünf der Katastrophe zum Opfer gefallen.

Der Ausbau der bayerischen Großwasserkräfte. Ein für den Ausbau der bayerischen Großwasserkräfte wichtiger Vertrag ist zwischen der Deutschen Reichsbahn und den Aktien-gesellschaften „Mittlere Isar“ und „Baldensee-werk“ abgeschlossen worden. Danach beteiligt sich die Deutsche Reichsbahn an den Aktiengesellschaften und an dem Aktienkapital dieser beiden großen Kraftgewinnungsgesellschaften.

Das größte Schiff der deutschen Handelsflotte, das auf der Werft in Danzig gebaut worden ist, verläßt am 25. November Danzig und geht nach Bremen zum Norddeutschen Lloyd, um dann zwischen Bremen und New York zu verkehren.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsarbeiter-Goldlöhne.

Die Lohnmehrzahl.

Auf Grund des Ergebnisses der Verhandlungen der Spitzenorganisationen wird der Lohn der Reichsarbeiter um den nächsten Woche ab auf Grund eines auf Goldmark abgestellten Tarifes ausgezahlt werden. Dieser Tarif ist nach Wirtschaftsgewebieten und Lohngruppen abgestuft. Die Stundenlöhne betragen sich in der Dristkategorie A ohne Dristlohnzulage zwischen 26 und 56 Pfennig. Für Frauen und jedes Kind werden je 3 Pfennig für die Stunde als Zuschlag gezahlt. Die Verhandlungen über die Umstellung der Beamtengehälter auf Goldmark finden voraussichtlich in der nächsten Woche statt.

Die Lohnmehrzahl für die laufende Woche beträgt für die Arbeiter 700 Millionen, die Gehaltsmehrzahl für die Beamten und Angestellten für das vierte Novemberdrittel 140 Millionen. Bei den Nachzahlungen wird der wertbeständig gezahlte Teil durch Abzüge berücksichtigt.

Uebergang zum Goldlohn.

Die Tarif- und Lohnpolitik der Arbeitgeber.

Den Nachrichten der Verteilung (Bereinigung) der deutschen Arbeitgeverbände Nr. 5 entnehmen wir folgende Anweisungen:

1. Solange noch nicht hinreichend wertbeständige Zahlungsmittel für volle Lohnzahlungen in Gold zur Verfügung stehen, kann die Bereinigung des lohnseitigen Uebergang zur Festlegung der Löhne in Goldbeiträgen zentral nicht empfohlen. Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium soll deswegen für die Uebergangszeit die Tarifsetzung nach wie vor in Papiermark erfolgen.

2. Soweit wertbeständige Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, kann ein Teil des Lohnes, umgerechnet nach dem Kurs am Auszahlungstag, wertbeständig ausgezahlt werden. Notwendig ist dabei, daß der prozentuale Anteil der wertbeständigen Zahlungen im allgemeinen gleichmäßig gehalten wird und nur schrittweise bei zunehmendem Umlauf wertbeständigen Geldes steigt. 10 Prozent höchster Anfangsbetrag. Ausgabe wertbeständigen Geldes mit Rücksicht auf hohe Inflationsspanne nur mit Vorsicht und Zurückhaltung. Deduktion nur in Goldanleihe wegen deren Kontingenzierung, nicht auch in Devisen. Zu weitgehenden Hoffnungen dürfen für die Uebergangszeit nicht erwaht werden, zumal das wertbeständige Geld derzeit auch gehamstert und damit dem neuen Lohnzahlungsverkehr entzogen wird.

3. Ziel der Entwicklung ist der reine Goldtarif. Die Uebergangszeit muß auf mindestens 6 bis 12 Wochen geschätzt werden.

4. Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen. Wir müssen im Lohnkonto billiger produzieren wie das Ausland und wie im Frieden. Wie hoch der Goldlohn im prozentualen Verhältnis zum Friedenslohn sein kann, läßt sich zentral nicht gleichmäßig bestimmen. Absolute Anlehnung an den Friedensnormlohn nicht möglich, da sich Wirtschaft, Kalkulations- und Abzahlverhältnisse in allen Industriezweigen unterschieden geändert haben. Schärfste Kalkulation des Lohnanteils. Festlegung des Goldlohns deswegen auf vollkommen neuer Basis im Rahmen der wirtschaftlichen Tragbarkeit. Wohlfeile Forderungen der Arbeiter und unbedachte Nachgiebigkeit der Unternehmer birgt höchste Gefahr für den Bestand der Wirtschaft in sich. Rückgang der deutschen Produktion und der zur Verteilung kommenden Gütermenge drückt auf den Reallohn. Nur höchste und nachdrücklichste Produktionssteigerung und Produktionsverbildung stellt im Laufe der Zeit eine Steigerung des Reallohnes in Aussicht. Friedensgoldlöhne deswegen nur für Friedensleistung. Festlegung des Goldlohntarifes Hand in Hand mit den Maßnahmen zur Produktionssteigerung und der Ausschaltung des unproduktiven Vertriebs.

5. Goldlohntarif darf nicht einfach durch Umrechnung des bestehenden Papiermarktarifs in Gold gefunden werden. Damit würden die Fehler der bisherigen Lohnpolitik in der Frage der Spannen auch im Goldtarif verewigt. Die Spanne zwischen den gelerntten und ungelerten, den Erwachsenen und Jugendlichen, den männlichen und weiblichen Arbeitern muß nach den Bedürfnissen der Produktion und in Anlehnung an die Friedensverhältnisse wieder vergrößert werden. Soziallohn auch im Goldtarif. Unwirschaftliche Umgruppierung der Arbeitskräfte, die durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse eingetreten ist (z. B. Angelernte an Plätzen qualifizierter Arbeiter ohne deren Bestellung) muß wieder ausgeglichen werden.

6. Ein sogenannter Goldwertungsfaktor kommt zurzeit beim Uebergang zum Goldlohn nicht in Anrechnung.

7. Goldtarif soll grundsätzlich nur im Wege der Einigung der beiden Tarifparteien, nicht aber durch Schiedsgericht und Verbindlichkeitsverklärung zustande kommen.

8. Die Gewerkschaftler verlangen Umstellung des amtlichen Lebenshaltungsindezes in Gold. Das staatliche Reichsamt scheint geneigt zu sein, die Umrechnung in Gold schon für die nächste Woche vorzunehmen. Die Frage, mit welcher Kaufkraft etwa die Goldlohnmarkte abzufestigen seien, ist noch ungelöst und vor Abschluß des Uebergangs zu reinen Goldpreisen in der Wirtschaft auch kaum zu übersehen. Es besteht aber auf jeden Fall die Gefahr, daß auch die Goldlohnmarkte sofort einer automatischen Anpassung an den Lebenshaltungsindezer unterworfen werden sollen. Da der Uebergang zum Goldtarif und zur Goldrechnung ohnehin mit gewisser Wahrscheinlichkeit zu einer Hebung unseres Preisniveaus führen wird, müßte eine Unterwerfung der Goldtarife unter den Lebenshaltungsindezer unbedingt zur Katastrophe führen. Auch aus diesem Grunde ist also weitgehende Vorsicht und Zurückhaltung geboten.

Die Befolgung dieser Richtlinien vom 6. November steht nach allen bisherigen Erfahrungen fest. Sie bedeutet, daß an Stelle der schwindelhaften Papiermarkentlohnung eine noch unzulässigere Entlohnung in Goldmark erfolgen soll. Um jede Gefahr für den Profit auszuschalten, schärfste Kalkulation des Lohnanteils. Alles andere kann also weniger scharf kalkuliert werden, wird als gegeben betrachtet, nur der Lohn muß — in einfacher Deutlichkeit übertragen — aufs äußerste gedrückt werden. Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen, unbedeutend das nicht ganz nebensächlichen Umstandes, daß die Lebensmittelpreise, im weitesten Sinne, weit über den Friedenspreisen liegen. Der Profit über den Friedenslohn, die Löhne unter den Friedenslöhnen. Das heißt dauernde Unterernährung, Verewigung der großen wirtschaftlichen Rolle der Arbeitgeberlichkeit. Bei allem erheblich längere Arbeitszeit, ohne die geringste Garantie dafür, daß selbst bei längerer Arbeitszeit auch nur soviel verdient wird wie zur Fristung einer künftigen Ertrags erforderlich ist. Vergrößerung der industriellen Reservearmee und damit deren ungewollten Lohndruck auf die Arbeitenden.

Wir gehen fürwahr herrlichen Zeiten entgegen, wenn die Unternehmer ihre schärfste Lohnkalkulation unbehindert durchführen können. Um so verwerflicher und unsinniger ist das Treiben der kommunistisch beeinflussten Gewerkschaftsmittelglieder zur „Rettung“ der Gewerkschaften, zur Unterwerfung der Fundamente der Gewerkschaften; um so notwendiger deshalb auch die Selbstbeinigung der großen Mehrheit der Gewerkschaftsmittelglieder, die Vorbereitung der kommunistischen Dr.-Eisenhart-Kuren zur „Rettung“, die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Einheitsfront. Nicht wahnwitzige Verzweiflungsaktionen, sondern geschicktes und einmütiges taktisches Vorgehen aller Gewerkschaften bietet Gewähr, daß die Angriffe des Unternehmertums gehörig pariert werden können.

Krankenhausangestellte und Arbeitszeitgesetz.

Ueber den Entwurf für das vorläufige Arbeitszeitgesetz referierte Redakteur Dittmer in einer Versammlung sämtlicher Arbeitnehmegruppen der Krankenhäuser usw. Betriebe am 19. November im „Rechtlichen Hof“. Der Referent wies u. a. deutsch darauf hin, daß der Abbau sozialer Bestimmungen und die Absicht, den Arbeitsstunden zu beteiligen, Maßnahmen der inzwischen erstarrten Reaktion sind. Die Ersetzung der Reaktion wurde jedoch durch die außerordentlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterklasse möglich. Hoffentlich wird in allen Arbeitenden die Erkenntnis noch, daß nur eine starke Einigkeit uns vor dem Verlust aller bisherigen Errungenschaften bewahren könne.

Den Arbeiter Saturnus, die auch hier vertreten waren, paßt das nicht; sie neigen sich „russisch“. Einer dieser Weisskopsapostel forderte Ersetzung der Sachwerte nach russisch-kommunistischer Methode. Nur das könne dem deutschen Volke helfen. Vorher wies er jedoch, daß in der ganzen Welt nicht sozial Mittel vorhanden seien, um die deutsche Wirtschaft zu sanieren.

Die von der Versammlung angenommene Entschlieung besagt u. a.: „Den Arbeitgebern soll durch die Bestimmungen des Entwurfes die Möglichkeit erwährt werden, in wirtschaftlicher Weise und in jedem Falle den Arbeitsbestand zu umgehen. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Regelung der Arbeitszeit soll völlig beseitigt werden. Die Versammlung erheben schärfsten Protest gegen die Absicht der Beseitigung ihrer elementaren Rechte. Die Verlängerung der Arbeitszeit habe eine Erhöhung der Produktion im Interesse der Volkswirtschaft keineswegs zur Folge. Vielmehr sei zur Erlangung dieses Zieles die Beteiligung aller arbeitsfähigen Volksgenossen an der Produktion erforderlich. Die Verlängerung der Arbeitszeit diene lediglich dem Profit einer bestimmten Bevölkerungsschicht und bewirkt Nachteile für die allgemeine Volkswirtschaft.“

Die Versammelten erwarteten von den Arbeitgebervertretern im Deutschen Reichstage, daß sie nichts unterlassen werden, um die Interessen der Arbeitenden in der nötigen Weise wahrzunehmen und das Gesetz abzulehnen.“

Die Angestellten im Rohstoffhandel hatten gestern 29 Oktobergehalt zu bekommen, nicht 24, wie in unserer heutigen Morgenausgabe angegeben.

Die angeordnete Absperrung in Norwegen, die heute beginnen sollte, sollte die verschiedenen Lohnfreitragheiten, insbesondere in der Holzbearbeitungs- und Tabakindustrie, bis dahin nicht beseitigt seien, ist vermieden worden. Während der Vermittlungsversuche ist es gelungen, eine Lösung für alle Konflikte zu finden mit Ausnahme der Tabakindustrie, in welcher die Arbeiter den Vermittlungsvorschlag des Reichslichtungskommissars verworfen haben. Es werden deshalb 15000 Tabakarbeiter ausgeperrt, wozu noch 9000 Streikende kommen.

Wichtig! Mitglieder des Deutschen Eisenbahnverbandes! Morgen, Sonntag, dem 25. November, 10 Uhr, in den Sammlungen, Sophienstr. 17/18: große Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe Berlin. Teilnahme an den letzten Goldlöhntarifen. Kollegen, erwidern pünktlich und vollständig! Mitgliedsbuch legitimieren. Die Ortsvereine.

Groß-Berliner Parteinaudrichten.

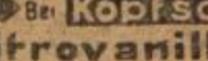
18. Wkt., Niederbühlstraße, heute, Sonntagabend, abends 8 Uhr, wichtige Parteinaudrichten bei Kubisch, Ullrichstraße.

Theater der Woche.

Vom 25. November bis 3. Dezember.

Volksbühne: 25. Und das Licht scheint in der Dunkelheit. 26. 27. 28. 29. 30. 31. und 1. November. 2. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 2. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 3. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 4. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 5. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 6. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 7. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 8. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 9. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 10. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 11. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 12. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 13. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 14. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 15. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 16. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 17. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 18. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 19. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 20. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 21. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 22. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 23. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 24. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 25. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 26. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 27. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 28. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 29. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 30. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 31. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember.

Berlin: 1. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 2. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 3. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 4. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 5. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 6. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 7. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 8. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 9. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 10. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 11. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 12. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 13. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 14. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 15. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 16. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 17. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 18. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 19. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 20. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 21. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 22. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 23. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 24. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 25. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 26. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 27. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 28. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 29. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 30. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember. 31. Opernhaus: 25. Die Frau ohne Schatten. 26. Die Frau ohne Schatten. 27. Die Frau ohne Schatten. 28. Die Frau ohne Schatten. 29. Die Frau ohne Schatten. 30. Die Frau ohne Schatten. 31. Die Frau ohne Schatten. 1. Dezember.

Bei Kopschmerz Titrovaniile  Erhältlich in Pulver und Oblaten.

Beitwäsche Wäschestoffe
Handtücher, Hemdstücke, Linnen, Dim 11, Linon, Zähen, Infosen, Bestäcke usw. zu konkurrenzlos billigen Preisen
Wäschefabrik Einhorn
Königsplatz 31
(an d. Hermannstr.)

Marken-Zigaretten
Tabak-Zigaretten GARDAY, HAIGAS, Constantin, Karmir, Avramikas, Murat, e-biab u. Tagepp, Tabakwaren
Arno Gebner, Großhandl., Werltstr. 21, 1. etage, Moabit 214

Marken-Zigaretten Tabake, Zigaretten
Garday, Solent, Pirelli, Solent, Best, Recemta, Goshanin, Tescomi und viele andere Marken unter Tageppreisen.
Tabak-Großhandlung H. Riesenburger, Genußstr. 31, am Korbhof, Tel. Moabit 1706

Restehändig. Haarpuder
Göltzstr. 2, 4. Pkw-waldstr.
Horn- u. Hornmühlstr., Sölden, Semt.
sämtliche Sortenartikel bestmöglich unter Preis

PATENTE
Dr. Bogdahn, Inhabl. d. Treue-Verein
Tel. 19 11, Gndstr. 2, 1.

E. BERNSTEIN
Der Sozialismus einfi und jengi
Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel:
„Der Gildensozialismus“ und
„Das Bleibende im Marxismus“
Grundzahl brosch. M. 2,50, geb. 4,- x Schüsselzahl
Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstr. 2

Frauenhaar
Lichte den höchsten Tagespreis bitte überzeugen Sie sich!
F. R. Müller
Alexanderstr. 37a, 1. Etage
an der Kaiserstraße.

Milliarden sparen Sie
bei EICH SCHLIZ
Neukölln, Kottbuscher-Str. 220
an der Weidenauerstr.
Für den Winter: Strumpfwärmer, Kinderstrümpfen, Trikots, Kinderstrümpfen, Wollwaren, Damen-Schlepper, Woll-, Nähnarn.

Geschlechtskrankheiten
Behandlung von Syphilis, Gonorrhoe, Blasen-, Harnwegs-, Hauterkrankungen, Hämorrhoiden, sowie alle sexuellen Leiden durch
Phorosanos
das neue deutsche Antisyphilitikum, hergestellt durch die Pharmazie- und Chemiefabrik
Gemeinschaftliche Anst. Berlin
Phorosanos-Gelienktabletten
Gemeinschaftliche Anst. Berlin
Gartenstr. 121, nahe Köpenicker Br. (Eingang für Herrn und Dame)
Bestellfrist täglich 10-7, Sonntag 9-12